

Auch im Großraum Nürnberg gehen die Bauarbeiter auf die Straße

1,5 Prozent mehr Lohn ist „ein Witz“

Rund 1000 Beschäftigte auf
50 Baustellen im Warnstreik

SCHWAIG/FÜRTH (NZ). — „Die Schmerzgrenze ist erreicht. Die Kollegen erkennen jetzt, was mit ihnen am Bau passiert.“ Reiner Gehring, Gewerkschaftssekretär des IG BAU-Bezirksverbands Mittelfranken, weiß die „fast hundertprozentige Zustimmung zum Streik“ der bayerischen Arbeitnehmer im Baugewerbe bei der gestrigen Urabstimmung wohl zu deuten.

Zeitgleich mit den Protestaktionen im Bundesgebiet, an denen laut Gewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt mehr als 40 000 Bauarbeiter teilnahmen, ging in Mittelfranken die erste Welle von Warnstreiks über die Bühne. Damit soll der Druck auf die Arbeitgeber während des gerade laufenden Schlichtungsverfahrens erhöht werden. Im Großraum Nürnberg legten die Arbeiter bei Brochier in Schwaig (Kreis Nürnberger Land) und bei der U-Bahn-Baustelle Würzburger Straße/Friedrich-Ebert-Straße in Fürth für einen Tag ihr Werkzeug aus der Hand. Insgesamt streikten laut IG BAU rund 1000 Beschäftigte auf 50 Baustellen in Mittelfranken. In der kommenden Woche sollen die Warnstreiks bundesweit fortgesetzt werden. Danach, vom symbolträchtigen 17. Juni an, will die IG BAU Ernst machen: Flächendeckender Streik in ganz Deutschland.

Die Chancen, den drohenden Arbeitskampf in der ohnehin schwer gebeutelten Baubranche noch abzuwenden, sind laut Hans Beer, Geschäftsführer der Mittelfränkischen IG BAU, gering: „Die Arbeitgeber müssten ihr derzeitiges Angebot von drei Prozent mehr Lohn ab September und 2,1 Prozent ab April nächsten Jahres schon gewaltig aufstocken.“ Rückwirkend aufs ganze Jahr, also von April 2002 bis April 2003 gerechnet, ergäbe sich gerade einmal ein Lohnzuwachs von 1,75 Prozent — „Ein Witz“, so der Gewerkschafter.

Zumal die IG BAU nicht nur einfach 4,5 Prozent mehr Lohn fordert.



Sie gingen auf die Straße: Streikende Bauarbeiter bei der U-Bahn-Baustelle Würzburger Straße/Friedrich-Ebert-Straße in Fürth. Foto: Fengler

Auf der Liste der Gewerkschaft stehen auch die strikte Einhaltung und Verbesserung der Rahmentarifverträge sowie die Einführung von garantierten Mindestlöhnen in Ost und West für Facharbeiter. Bislang besteht diese Regelung nur für Hilfskräfte. Vorgebeugt werden soll damit der Fortsetzung der „ruinösen Strategie, mit Dumping-Angeboten Aufträge zu ergattern und diese Einbußen auf die Beschäftigten abzuwälzen“, rechtfertigt Beer den bevorstehenden Arbeitskampf: „Das Dumping bei Angeboten kann nicht über den Lohn geregelt werden.“

Eine zentrale Rolle für die Baugewerkschaft spielt auf dem Weg zur Rettung der maroden Branche auch das Tarifreuegesetz. Dessen vor kurzem erfolgte Ablehnung durch die Oppositionsmehrheit im Bundesrat sorgt dabei für reichlich Irritation. „Warum Stoiber das Tarifreuegesetz, das er in Bayern selbst mit propagiert hat, auf Bundesebene wieder kippen will, ist mir völlig unverständlich“, sagt Beer, und ergänzt nach kurzem Nachdenken: „Na ja, es ist halt Wahlkampf.“

Thomas Nagel